

MAZ 2/3. Juni 20



Zurzeit läuft in vielen Brandenburger Agrarbetrieben die Futterernte.

Agrarreform: Großbetriebe zittern vor der Obergrenze

EU-Kommissar Hogan will Subventionen deckeln – Osten hätte das Nachs

Von Torsten Gellner

Potsdam. Auf die meisten Landwirtschaften in Brandenburg und Ostdeutschland könnten ab 2021 erhebliche Einbrüche bei den Subventionen zukommen. EU-Agrarkommissar Phil Hogan stellte gestern in Brüssel seine Pläne für die neue Förderperiode von 2021 bis 2027 vor. In der gesamten Europäischen Union sollen demnach insgesamt 365 Milliarden

sind. „Die Umweltauflagen für die Direktzahlungen sollen deutlich erhöht werden, zugleich wird das Agrarbudget gekürzt“, sagte er. Eine verpflichtende Kappung von Direktzahlungen sei der falsche Weg, so Rutkiewicz.

In Brandenburg gibt es Großbetriebe, die pro Jahr Direktzahlungen von mehreren Hunderttausend Euro erhalten. Mit weiteren Agrarprämien kamen Spitzenempfänger wie die Agrargenossenschaft Radensdorf in Lübben (Dahme-Spreewald) 2017 so auf Zuweisungen in Höhe von 2,01 Millionen Euro. Davon waren rund 600 000 Euro Direktzahlungen, die an die Größe des Betriebs gekoppelt waren.

Die Reform bedeutet aber nicht, dass derlei Betriebe künftig nur noch mit 100 000 Euro aus Brüssel rechnen können. Denn die Reform sieht vor, dass Landwirte die Lohnkosten ihrer Mitarbeiter anrechnen können, was die Zuweisungen wie der erhöht. Was das genau für die hiesigen Landwirte bedeutet, sei noch unklar, hieß es gestern aus dem Potsdamer Agrarministerium. „Wir müssen erst mal rechnen. Das ist nicht die Zeit für Schnellschüsse“, sagte Ministeriumssprecher Jens-

rungen mitgehen können.“ Eine solche Kappung sollte den EU-Ländern freigestellt sein, forderte sie.

Mit der Kappung wird zumindest teilweise eine Forderung umgesetzt, die vor allem kleinere Betriebe seit langer Zeit erhoben hatten. Da es in Ostdeutschland bedingt durch die Agrarstrukturformen zu DDR-Zeiten besonders große Höfe gibt, flossen hierhin auch entsprechend viele Subventionen. Die häuerlichen Familienbetriebe fühlten sich benachteiligt.

Entsprechend zufrieden äußerte sich der Brandenburger Bauernbund, der die kleinen Höfe vertritt. „Die Obergrenze von 100 000 Euro pro Betrieb ist sinnvoll, für einen lebendigen ländlichen Raum brauchen wir viele Bauernhöfe und nicht wenige Agrarkonzerne“, sagte Vorstandsmitglied Thomas Kiesel, der in Batschkow (Ostprignitz-Ruppin) einen Hof betreibt. Die Vorschläge der EU gehen dem Bauernbund aber nicht weit genug.

Denkbar wäre es nun, dass sich große Agrarbetriebe im Osten in Einzelbetriebe aufspalten, um an

mehr Subventionen zu bekommen. Der Bauernbund hätte gegen, will die Subventionen doch nur ortsansässigen zugute kommen lassen. Überregionalen Investoren hingegen ist die Subvention bisher indirekt auch Anreiz, die mit der bäuerlichen Wirtschaftlichkeit wenig haben – Versicherungskonzepte, Hedgingfonds.

„Eine Reform der Förderung ist seit Langem ein Thema, denn von den bestehenden Mechanismen profitieren vor allem große Agrarbetriebe und Hedgingfonds“, sagte Axel Vogel, Fraktionschef der Grünen im Brandenburger Landtag.

Von den bestehenden Verteilungsmechanismen profitieren vor allem agroindustrielle Großbetriebe und Hedgingfonds.

„

Axel Vogel,
Fraktionschef Bündnis 90/Die Grünen
im Brandenburger Landtag